



Berichterstattung Parlamentarische Vorstösse, Planungserklärungen und Auflagen 2023

Bau- und Verkehrsdirektion BVD

Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat zum Stand der Umsetzung überwiesener Motionen und Postulate, Planungserklärungen und Auflagen

Datum RR-Sitzung:	10. Januar 2024
Geschäftsnummer:	2022.STA.1788
Direktion:	Staatskanzlei
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
2.	Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung	3
3.	Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung	7
4.	Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge	8
5.	Planungserklärungen	13
6.	Auflagen Kreditgeschäfte	14

1. Einleitung

Mit dem vorliegenden Dokument erstattet der Regierungsrat dem Grossen Rat Bericht zu parlamentarischen Vorstössen gemäss Art. 70 des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BSG 151.21). Der Bearbeitungsstand sämtlicher überwiesener Motionen und Postulate per Stichtag 31. Dezember 2023 wird aufgezeigt. Gleichzeitig beantragt der Regierungsrat allfällige Fristverlängerungen und Abschreibungen zu parlamentarischen Vorstössen dem Parlament zur Beschlussfassung (Art. 70 Abs. 1 und Abs. 3 GRG). Weiter erstattet der Regierungsrat Bericht zum Stand der Umsetzung von Planungserklärungen (Art. 53 GRG) sowie zu den Auflagen bei Kreditgeschäften.

2. Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen ein Antrag auf Abschreibung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Abschreibung begründet

BAU- UND VERKEHRSDIREKTION (BVD)				
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung
039-2018 P	Klopfenstein (Corgémont, SVP) Die baulichen Zeugen der Geschichte von Moutier sollen erhalten bleiben	05.09.2018 Annahme als Postulat	31.12.2022	Mit dem Konkordat über den Kantonswechsels von Moutier haben die beiden Regierungen die Übertragung aller Immobilienvermögenswerte in Moutier an den Kanton Jura beschlossen und damit auch, dass weder das Amtshaus noch das Regionalgerichtsgebäude im Vermögen des Kantons Bern verbleiben.
097-2018 M	Wenger (Spiez, EVP) Sicherer Veloweg Interlaken-Leissigen	20.11.2018	31.12.2022	Die Machbarkeitsstudie wurde im Jahr 2020 abgeschlossen. Inzwischen wurde das Gesamtprojekt im Strassennetzplan 2022-2037 als strategisches Veloprojekt aufgenommen. Die Auswirkungen des neuen Veloweggesetzes auf die Finanzierung werden geprüft. Der Ausführungskredit für das prioritäre Teilprojekt Därligen West-Interlaken wird, abhängig von der Priorisierung der Investitionen im Tiefbau, ungefähr im Jahr 2030 beantragt werden können.
252-2018 M	Graber (La Neuveville, SVP) An Bedingungen geknüpfte Eröffnung des Asyl-Rückkehrzentrums in Prêles	13.03.2019 Punktweise beschlossenen Ziffern 1: Zurückgezogen Ziffern 2 und 3: Annahme als Postulat	31.12.2023	Der Grosse Rat hat am 13. März 2019 entschieden, auf die Einrichtung eines Rückkehrzentrums für abgewiesene Asylsuchende in Prêles zu verzichten. Das betroffene Areal von Châtillon liegt in der Zone für öffentliche Nutzung (ZöN), mit der Präzisierung «Jugendheim». Verkaufsverhandlungen mit potenziellen Interessenten sind unter anderem an dieser eng gefassten Zweckbestimmung gescheitert. Zurzeit arbeitet der Kanton mit der Standortgemeinde «Plateau de Diesse» an einer zonenmässigen Erweiterung des betroffenen Areals an, welche auch Drittnutzungen ermöglichen wird. Damit wurden die Möglichkeiten geprüft und die Arbeiten im Zuständigkeitsbereich des Kantons soweit möglich umgesetzt resp. eingeleitet.
251-2018 M	Mentha (Liebefeld, SP) Porttunnel rasch realisieren	13.06.2019 Annahme als Postulat	31.12.2023	Der Porttunnel war Teil des abgeschriebenen Ausführungsprojekts A5 Westumfahrung Biel. Die übergeordnete Projektorganisation «Espace Biel/Bienne.Nidau» will bis 2025 im Rahmen einer Gesamtmobilitätsstudie «Biel/Bienne West» auch die Frage der Zweckmässigkeit eines Porttunnels klären. Die Finanzierung der Studie ist gesichert. Die Arbeiten werden anfangs 2024 aufgenommen. Die Abklärungen im Zuständigkeitsbereich des Kantons für den Vollzug des Postulats sind damit abgeschlossen.
261-2018 M	Moser (Biel, Bienne, FDP) Westumfahrung Biel: zeitliches Vorziehen des Zubringers rechtes Bielerseeufer (Porttunnel)	13.06.2019	31.12.2023	Der Porttunnel war Teil des abgeschriebenen Ausführungsprojekts A5 Westumfahrung Biel. Die übergeordnete Projektorganisation «Espace Biel/Bienne.Nidau» will bis 2025 im Rahmen einer Gesamtmobilitätsstudie «Biel/Bienne West» auch die Frage der Zweckmässigkeit eines Porttunnels klären. Die Finanzierung der Studie ist gesichert. Die Arbeiten starten anfangs 2024. Die Möglichkeiten des Kantons zur Umsetzung der Motion sind damit ausgeschöpft.
047-2019 P	Stucki (Stettlen, glp) Dialog A5-Westast ohne Denkverbote	10.09.2019	31.12.2023	Die vom Kanton eingesetzte Dialoggruppe A5 Westast hielt in ihrem Schlussbericht an der langfristigen Schliessung der Nationalstrassen-Netzlücke in Biel/Bienne fest. Die übergeordnete Projektorganisation «Espace Biel/Bienne.Nidau», welche die Empfehlungen der Dialoggruppe umsetzt, prüft bis 2025 im Rahmen einer Gesamtmobilitätsstudie «Biel/Bienne West» auch die Frage der Zweckmässigkeit eines Juratunnels. Die Finanzierung der Studie ist gesichert. Die Arbeiten werden anfangs 2024 aufgenommen. Die Abklärungen im Zuständigkeitsbereich des Kantons für den Vollzug des Postulats sind damit abgeschlossen.

102-2019 M	Wyss (Wengi, SVP) Jugendheim Prêles - nun endlich ein Ende mit Schrecken! Für neue Chancen und Ideen auf dem Plateau de Diesse, zum Nutzen der Bevölkerung auf dem Tessenberg!	10.09.2019 Annahme als Postulat	31.12.2023	Das betroffene Areal von Châtillon liegt in der Zone für öffentliche Nutzung (ZöN), mit der Präzisierung «Jugendheim». Angesichts der Tatsache, dass der Betrieb eines Jugendheims in Prêles nicht mehr in Frage kommt, hat der Kanton alternative kantonale Nutzungen (Administrativhaft, Regionalgefängnis und Justizvollzugsanstalt, Unterbringung Asylsuchende etc.) geprüft aber verworfen. Zudem wurden Verkaufsverhandlungen mit potenziellen Interessenten aufgenommen. Neue Nutzungen sind bisher unter anderem an der eng gefassten Zweckbestimmung gescheitert. Zurzeit arbeitet der Kanton deshalb mit der Standortgemeinde «Plateau de Diesse» an einer zonenmässigen Erweiterung des betroffenen Areals, welche auch Drittnutzungen ermöglichen wird. Die Abklärungen im Rahmen des Postulats sind somit abgeschlossen.
204-2019 M	Arn (Muri b. Bern, FDP) Stopp den missbräuchlichen Baueinsprachen	05.03.2020 Annahme als Postulat	31.12.2024	Die Anliegen, Baubewilligungsverfahren zu beschleunigen und missbräuchliche Einsprachen einzuschränken, wurden bereits mehrfach vertieft geprüft. Beispielsweise im Zusammenhang mit der Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes oder der Berichterstattung zur Motion 083-2015. Die Anliegen des Postulats wurden somit umfassend geprüft.
250-2019 M	Graf (Interlaken, SP) Alternative Mountainbike-Routen auch im Kanton Bern	05.03.2020	31.12.2023	Das Anliegen wurde im Rahmen der Revision des Strassengesetzes berücksichtigt. Das revidierte Gesetz wurde in der Sommersession 2023 vom Grossen Rat verabschiedet. Es tritt per 1. Februar 2024 in Kraft.
223-2020 M	Schneider (Biel/Bienne, SVP) Aufhebung des schikanösen Tempo-30-Abschnitts auf der Reuchenettestrasse in Biel!	17.03.2021 Annahme als Postulat	31.12.2023	Das TBA hat die Zweckmässigkeit des Tempo-30-Abschnitts von der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) prüfen lassen. Die bfu begrüsst in ihrem Bericht das Temporegime von 30 km/h auf dem betreffenden Streckenabschnitt, da dieser sehr vielen Sicherheitsdefizite aufweist, die nicht mit verhältnismässigem Aufwand entschärft werden können. Die Abklärungen zeigen, dass der Tempo-30-Abschnitt zweckmässig und wirtschaftlich ist und beibehalten werden soll. Das weitere Vorgehen wurde in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Biel/Bienne geprüft und festgelegt. Die Abklärungen im Rahmen des Postulats sind somit abgeschlossen.
247-2020 M	Amstutz (Sigriswil, SVP) Fallwildzahlen beim Strassen- und Schienenverkehr reduzieren	17.03.2021	31.12.2023	Eine directionsübergreifende Arbeitsgruppe mit Vertretern aus dem Tiefbauamt, der Wildhut und der Jägerschaft hat die Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Funktionen etabliert und standardisiert diese weiter. Die Unfallstatistik wurde verbessert, sie wird nun fortlaufend analysiert und daraus die unfallträchtigen Strassenabschnitte identifiziert und priorisiert. Im Austausch mit wissenschaftlichen Institutionen, in Projekten engagierten Firmen und anderen Kantonen wurde der Massnahmenfächer evaluiert. Es zeigt sich, dass die Entwicklung der Systeme mit dem höchsten Wirkungsgrad noch Zeit in Anspruch nimmt. Daher werden die mit Wildwarnreflektoren ausgerüsteten Strecken weiterhin unterhalten, deren Langzeitwirkung beobachtet und im Bedarfsfall ausgebaut. Weiter wird das Ziel verfolgt, vermehrt Lösungen mit Warnung der Verkehrsteilnehmenden zu realisieren und damit Erfahrungen zu sammeln. Die aktuell verfügbaren Massnahmen wurden somit umgesetzt resp. werden weiterbetrieben. Künftige Optimierungspotenziale werden im Rahmen des Grundauftrags weiterhin eruiert.
271-2020 P	von Wattenwyl (Tramelan, Grüne) Förderung der Gebäudebegrünung	14.06.2021	31.12.2023	Bei den kantonalen Gebäuden ist der sommerliche Wärmeschutz sowie Massnahmen zur Förderung der Biodiversität wichtig. Entsprechende Vorgaben wurden in verschiedenen Richtlinien des AGG integriert. Massnahmen wie die Dach- und Fassadenbegrünung werden aktiv angegangen und projektspezifisch realisiert. Zwischen den Anforderungen hinsichtlich Gebäudebegrünung auf der einen und dem Ausbau von Photovoltaikanlagen auf der anderen Seite ist ein ausgewogenes Verhältnis zu finden, um den Nutzen zu maximieren. Weiter muss die technische Machbarkeit und Bauschadenfreiheit geben sein. Zukünftig wird die Bearbeitung des Themas «Überhitzungsschutz in der gebauten Umwelt durch Umgebungsgestaltung und Begrünung» weiter intensiviert. Die Anliegen des Postulats wurden somit überprüft und werden künftig wo sinnvoll im Rahmen des Grundauftrags berücksichtigt.
295-2020 M	Graf (Interlaken, SP) Nachhaltige Bodenpolitik	14.06.2021	31.12.2023	Die bestehende Immobilienstrategie des AGG wurde analysiert. Es zeigte sich, dass diese die von der Motion geforderten Punkte der nachhaltigen Bodenpolitik bereits abdeckt. Denn erstens investiert der Kanton grundsätzlich nur in Liegenschaften, die für die Erfüllung seiner Kernaufgaben notwendig sind. Zweitens geht die Abgabe von Liegenschaften im Baurecht einem Verkauf vor, um langfristige Potenziale zu sichern. Und drittens werden Liegenschaften verkauft, wenn auch langfristig ein Nutzungspotenzial ausgeschlossen wird. Entsprechend sind die Anliegen der Motion erfüllt.
300-2020 P	Riesen (La Neuveville, PSA) Harmonisierung der Bikesharing-Angebote im Kanton Bern	15.06.2021 Punktwweise beschlossen Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Ablehnung Ziffer 4: Ablehnung	31.12.2023	Der Kanton Bern hat zusammen mit dem Verband Bernischer Gemeinden und dem Forum Bikesharing Schweiz einen runden Tisch organisiert, um zu prüfen, wie Bikesharing im Kanton Bern im Hinblick auf ein homogeneres Angebot unter den Gemeinden optimiert und besser in das ÖV-Angebot des Kantons integriert werden kann. Der Synthesbericht zum runden Tisch ist auf der Website «Kombinierte Mobilität» der BVD publiziert. Er zeigt die Rollen der einzelnen Akteure und die Rahmenbedingungen sowie Handlungsspielräume auf kantonomer Ebene auf. Der Kanton wird das Thema im Rahmen seiner Zuständigkeiten und der bestehenden Instrumente weiterverfolgen. Der Prüfungsauftrag des Postulats ist somit erfüllt.
033-2021 M	Riem (Iffwil, Die Mitte) Verkauf der Schynige-Platte-Bahn	08.09.2021 Annahme als Postulat	31.12.2023	Die BVD hat den Verwaltungsrat der BOB beauftragt, eine Auslegeordnung zu erstellen. Der Verwaltungsrat der BOB ist diesem Anliegen nachgekommen und hat der BVD im September 2022 einen entsprechenden Bericht unterbreitet, der im Rahmen der ordentlichen Eignerggespräche diskutiert wurde. Die Analyse kommt zum Schluss, dass die Einbindung der SPB in die BOB AG weiterhin am geeignetsten ist, den Erhalt der historisch und kulturell wertvollen Bahn auch langfristig zu sichern. Eine Ausgliederung bringt auch der BOB AG keine nennenswerten Vorteile.

051-2021 M	Ritter (Burgdorf, glp) Dekarbonisierung öffentlicher Busse beschleunigen	08.09.2021 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme	31.12.2023	Mit der Anpassung und Verlängerung des Angebotsbeschlusses 2022 – 2026 öffentlicher Verkehr die Finanzierung von fossilfreien Bussen in die üblichen Finanzierungsgefässe integriert (s. M 051-2021). Das Anliegen der Motion ist somit erfüllt. Zudem wird der Regierungsrat auch im Rahmen des Angebotsbeschlusses öffentlicher Verkehr 2026 – 2029 beziehungsweise im Rahmen des Investitionsrahmenkredits öffentlicher Verkehr 2026 – 2029 Massnahmen darlegen.
043-2021 P	Jordi (Bern, SP) Förderung der Zukunftsmobilität: Kinder und Jugendliche aufs Velo bringen!	09.09.2021 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Ablehnung Ziffer 3: zurückgezogen Ziffer 4: Annahme Ziffer 5: Annahme	31.12.2023	Von verschiedenen Direktionen wie der BKD wird beispielsweise im Rahmen von Velofördermassnahmen wie Bike2School viel unternommen, um Kinder und Jugendliche u.a. für den Schulweg aufs Velo zu bringen und ihnen sicheres Fahren beizubringen und zu ermöglichen. Das Tiefbauamt hat in den vergangenen Jahren zudem viel investiert und plant auch in den kommenden Jahren hohe Investitionen: So sind für die Umsetzung von Massnahmen zur Verbesserung der kantonalen Veloinfrastruktur in den Jahren bis 2027 gemäss der Investitionsplanung für den Tiefbau rund CHF 15 bis 20 Millionen pro Jahr vorgesehen. Die Abklärungen für den Vollzug des Postulats sind damit abgeschlossen und das weitere Vorgehen insbesondere im Zusammenhang mit einer attraktiven Veloinfrastruktur dargelegt.
095-2021 M	Riem (Iffwil, Die Mitte) vom 06.06.2021 Nachtabstaltung der Strassenbeleuchtung	14.03.2022 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Ablehnung Ziffer 2: Ablehnung Ziffer 3: Ablehnung Ziffer 4: Annahme als Postulat Ziffer 5: zurückgezogen Ziffer 6: Annahme und gleichzeitige Abschreibung	31.12.2024	Das Tiefbauamt setzt seit 2013 an den Kantonsstrassen die Beleuchtungsstrategie «Licht nach Bedarf» um. Dabei garantiert die Technologie, dass die vorgeschriebene Lichtmenge nur dann zur Verfügung steht, wenn Verkehrsteilnehmende die Strasse auch tatsächlich benutzen. In der restlichen Zeit wird das Licht massiv gedimmt. Mit dieser Technologie können rund 85 Prozent Strom eingespart und über 95 Prozent des Streulichts reduziert werden. Aktuell sind über 15 000 Strassenleuchten entlang von Kantonsstrassen mit dieser Technik ausgestattet, weitere Umrüstungen erfolgen laufend. Das Berner Tiefbauamt ist damit schweizweit Vorreiter in der energiesparenden und umweltschonenden Strassenbeleuchtung und steht zu diesem Thema regelmässig in Kontakt mit dem VBG und interessierten Gemeinden. Zudem fand vom 9. auf den 10. September 2023 die erste «schöne Nacht» im Kanton Bern als Pilotveranstaltung mit 17 teilnehmenden Gemeinden statt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Nachtabstaltung der Beleuchtung sehr aufwändig ist, da Fussgängerstreifen an Kantonsstrassen aus Sicherheitsgründen beleuchtet bleiben müssen und vieles manuell angepasst werden musste. Die Abklärungen in Umsetzung der als Postulat überwiesenen Ziffer 4 wurden somit abgeschlossen.
092-2021 M	FDP (Haudenschild, Niederbipp) vom 04.06.2021 Cargo sous terrain (CST) nach Bern/Thun	15.03.2022	31.12.2024	Der Kanton begleitet die Arbeiten am Sachplan unterirdischer Gütertransport des Bundes. Das Bundesgesetz über den unterirdischen Gütertransport ist wie geplant 2022 in Kraft getreten. Damit wurde die gesetzliche Voraussetzung für allfällige weitere Bewilligungen oder planerische Grundlagen auf kantonomer oder kommunaler Ebene geschaffen. Der Kanton wird die Gemeinden und Städte bei künftigen Arbeiten bzgl. verkehrstechnischer Erschliessung weiterhin im Rahmen seines Grundauftrags unterstützen. Das Amt für Wirtschaft führt darüber hinaus – unter Einbezug der betroffenen kantonalen Stellen – eine Studie zu den Auswirkungen auf die Wirtschaft, die Umwelt und die Gesellschaft der Verlängerung des CST-Korridors nach Bern bzw. Thun durch.
151-2021 M	von Arx (Schliern b. Köniz, glp) vom 17.06.2021 Homeoffice für eine gleichmässige Auslastung der Verkehrsinfrastruktur nutzen	15.03.2022 Punktweise beschlossen Ziffer 1 und 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme	31.12.2024	Das zuständige Amt für öffentlichen Verkehr und Verkehrskoordination hat im Rahmen der BEmobil Mobilitätsmanagement-Kampagne innerhalb der kantonalen Verwaltung zur Auslastung der Verkehrsspitzen über die Woche kommuniziert (www.be.ch/bemobil). Nach aussen wurde auf der BVD-Webseite und an öffentlichen Anlässen (u.a. am Berner Verkehrstag 2023) zum Thema informiert. Die Grundlagen wurden folglich erarbeitet und den Kantonsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern im Rahmen der vorerwähnten Förderkampagne nahegebracht.
176-2021 M	glp (von Arx, Schliern b. Köniz) vom 06.09.2021 Investitionspriorisierung auch im Tiefbau!	15.03.2022	31.12.2024	Der Regierungsrat hat einen Bericht «Priorisierung der Investitionen Tiefbau» erarbeitet und dem Grossen Rat zur Kenntnis vorgelegt. Die erstmalige Priorisierung ist im Jahr 2023 erfolgt und in die Gesamtkantonale Investitionsplanung eingeflossen. Die Investitionen sollen sich auch inskünftig auf dem bisherigen Niveau bewegen. Die zur Einhaltung des Investitionsniveaus notwendige Priorisierung wird jährlich im Rahmen des ordentlichen Finanzplanungsprozesses durchgeführt. Das Anliegen der Motion ist damit erfüllt.
198-2021 M	Hess (Nidau, FDP) vom 13.09.2021 Jahrhundertereignis Hochwasser Bielersee 2021; Analyse, Lessons Learned und neuer Investitionsschwerpunkt Hochwasserschutz Bielersee	15.03.2022	31.12.2024	Die betroffenen Kantone BE, VD, FR, NE, SO, AG sowie das BAFU haben das Hochwasserereignis 2021 aufbereitet, dokumentiert und die Ergebnisse im Internet publiziert. Basierend darauf haben sich am 26. Mai 2023 in Nidau (BE) die Regierungsmitglieder der beteiligten Kantone und die BAFU-Direktorin zum Hochwasserschutz im Gebiet der Juragewässerkorrektur ausgetauscht. Aufgrund der Einschätzungen der Expertinnen und Experten zogen die Regierungsmitglieder ihre Schlussfolgerungen und verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung. Die BaK wurde am 5. Juni 2023 schriftlich über die Ergebnisse der Abklärungen und die Schlussfolgerungen informiert. Am 9. November 2023 fand zudem ein Austausch zwischen den zuständigen Vertretern der BVD und der BaK statt.
200-2021 M	Remund (Mittelhäusern, Grüne) vom 13.09.2021 Lärmsanierungen: zuerst Massnahmen an der Quelle prüfen	15.03.2022	31.12.2024	Das Tiefbauamt setzt in der Lärmbekämpfung systematisch auf quellenseitige Massnahmen. Dabei erfasst es planmässig die verbauten lärmindernden Beläge und überwacht deren akustische Wirkung. Daneben entwickelt das Tiefbauamt aktuell ein spezifisches Reinigungskonzept für diese Beläge, um die Lärminderung möglichst lange zu erhalten. Die Lärmbekämpfung an der Quelle wird somit und in Erfüllung der Motion im Rahmen des Grundauftrags und einer Daueraufgabe laufend durch das Tiefbauamt angewandt und umgesetzt.

124-2021 M	Imboden (Bern, Grüne) vom 08.06.2021 Mehrweg ist Mehrwert! Für umwelt- und CO2-freundliche Verpackungslösungen	16.03.2022 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Ablehnung als Postulat Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme als Postulat Ziffer 4: Ablehnung als Postulat Ziffer 5: Ablehnung als Postulat	31.12.2024	Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Amts für Wasser und Abfall wurde konstituiert, welche die Anliegen der Motion geprüft haben. Aus diesen Arbeiten erfolgte eine Anpassung der bisherigen Praxis der Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter. Die Änderungen wurden mittels BSIG-Versand vom Dezember 2022 kommuniziert.
022-2022 P	Bossard-Jenni (Oberburg, EVP) vom 07.03.2022 Ausbau der BLS-Werkstätte in Oberburg	08.09.2022	31.12.2024	Die Prüfaufträge wurden in die Planung der Werkstätte aufgenommen und sollen soweit wie möglich umgesetzt werden. Während der Bauphase wird das Areal grösstenteils über eine provisorische Zufahrtsstrasse erschlossen. Die Barrierschliesszeiten wurden optimiert und können gegenüber heute leicht verkürzt werden. Das Projekt wurde bezüglich Lärmemissionen optimiert und die Grenzwerte können im angrenzenden Wohngebiet überall eingehalten werden. Die Erkenntnisse sind entsprechend in die weiteren Arbeiten eingeflossen und die Abklärungen in Erfüllung des Postulats somit abgeschlossen.
137-2022 P	de Meuron (Thun, Grüne) vom 15.06.2022 Ein Abend voller Sterne – «La nuit est belle» auch im Kanton Bern!	30.11.2022	31.12.2024	Vom 9. auf den 10. September 2023 fand zur Prüfung des Anliegens die erste «schöne Nacht» im Kanton Bern als Pilotveranstaltung mit 17 teilnehmenden Gemeinden statt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Nachtabstaltung der Beleuchtung sehr aufwändig ist, da Fussgängerstreifen an Kantonsstrassen aus Sicherheitsgründen beleuchtet bleiben müssen und vieles manuell angepasst werden muss.
179-2022 M	SVP (Rüegsegger, Riggisberg) vom 05.09.2022 Energiekrise – Jetzt private Massnahmen zur Verbesserung der Versorgungslage ergreifen	30.11.2022	31.12.2024	Der Regierungsrat setzt sich bei jeder Vernehmlassung des Bundes im Energiebereich für einen Ausbau der Anlagen für die Produktion erneuerbarer Energien und die Ausdehnung der Bewilligungsfreiheit der Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien ein. Lockerungen der Bewilligungspflicht auf kantonaler Ebene werden, soweit sie nicht bereits umgesetzt sind, im Rahmen der Umsetzung der Motion 173-2022 erfolgen.
106-2023 M	Remund (Mittelhäusern, Grüne) vom 03.06.2023 Aufnahme per Zwischenbeschluss der Linie 168 ins reguläre ÖV-Grundangebot	06.09.2023 Punktweise Beschlossen Ziffer 1: zurückgezogen Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: zurückgezogen	31.12.2025	Die fachliche Prüfung aufgrund der Minimalvorgaben zur Wirtschaftlichkeit und Nachfrage gemäss Artikel 11 der Verordnung über das Angebot im öffentlichen Verkehr (Angebotsverordnung, AGV; BSG 762.412) ist abgeschlossen. Der Zwischenbeschluss wurde im November 2023 vom Regierungsrat zuhänden des Grossen Rates verabschiedet. Eine Aufnahme der Linie 168 ins reguläre Grundangebot ist vorgesehen.

3. Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, deren Bearbeitungsfrist abläuft oder abgelaufen ist (vgl. Spalte «Frist Vollzug») und zu welchen ein Antrag auf Fristverlängerung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Fristverlängerung begründet (F1: Antrag auf Fristverlängerung um 1 Jahr / F2: Antrag auf Fristverlängerung um 2 Jahre).

BAU- UND VERKEHRSDIREKTION (BVD)					
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Fristverlängerung	Antrag F1 / F2
249-2020 M	Wandfluh (SVP, Kandergrund) Lückenlose Aufklärung der Ereignisse in der Region Blausee	01.12.2020	31.12.2023	Das Strafverfahren unter der Leitung der Staatsanwaltschaft Oberland dauert weiter an. Die Untersuchungen des Grundwassers im Gebiet Mitholz / Blausee durch das AWA zeigten indes keine Belastungen mit Schadstoffen.	F1
224-2020 P	Riesen (La Neuveville, PSA) Bodenbelastungsprüfungen zum Schutz unserer Kinder	17.03.2021 Annahme als Postulat	31.12.2023	Die Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (USG) wurde im September 2021 gestartet. Die Änderung sieht auch die Untersuchung und Sanierung von Kinderspielplätzen und öffentlichen Grünflächen vor, falls eine Gefährdung für spielende Kleinkinder besteht. Die Prüfung der Anliegen des Postulates wird gestützt auf der Änderung des USG erfolgen. Nach aktuellem Kenntnisstand dürfte das revidierte USG frühestens im zweiten Halbjahr 2025 in Kraft gesetzt werden.	F2
291-2020 P	von Arx (Schliern b. Köniz, glp) Stufengerechtes, transparentes Management der Hochschullimmobilien	15.06.2021 Punktweise beschlos- sen Ziffer 1: Ablehnung Ziffer 2: Ablehnung Ziffer 3: Annahme	31.12.2023	Die BVD hat zusammen mit der BKD auf Basis der bereits vorhandenen Kenndaten ein Reporting-Dokument erstellt, das dem Grossen Rat bzw. den Fachbereichskommissionen BaK und BiK künftig jährlich unterbreitet wird. In welcher Form die Fachbereichskommissionen BaK und BiK über das Reporting informiert werden, ist noch in Abklärung.	F1
003-2021 M	Imboden (Bern, Grüne) Umweltschutz sichern: Kontrollen und Aufsicht im Bereich Entsorgung verbessern!	15.06.2021 Annahme als Postulat	31.12.2023	Das Strafverfahren unter der Leitung der Staatsanwaltschaft Oberland ist noch nicht abgeschlossen. Der Bericht der GPK zur Rolle des Kantons rund um die Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Steinbruch Mitholz / Blausee vom 10. Februar 2022 verlangt in der Empfehlung 2 das bestehende System der Kontrollen im Abbau- und Deponiewesen zu verbessern und die Aufsicht zu stärken. Mit unangemeldeten Kontrollen in Materialabbaustellen mittels externer Unterstützung wurden in den Jahren 2022 und 2023 rund 60 Betriebe kontrolliert. Basierend auf diesen Erfahrungen wird das weitere Vorgehen festgelegt.	F1
007-2021 M	DEPU (Roulet Romy, Malleray) Finanzielle Beteiligung des Kantons an den Mehrkosten im Zusammenhang mit der Entsorgung belasteter Böden aus Standorten, deren Belastung über den Prüfwerten liegt	15.06.2021	31.12.2023	Die notwendige Teilrevision des Abfallgesetzes zur Umsetzung der Motion wurde Ende 2021 eingeleitet. Die laufende Revision des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (USG) muss jedoch abgewartet werden, da darin das Thema der belasteten Böden geregelt wird. Das revidierte USG dürfte frühestens im zweiten Halbjahr 2025 in Kraft gesetzt werden.	F2
049-2021 M	de Meuron (Thun, Grüne) Mit wasserstoffbetriebenen Brennstoffzellenbussen Dekarbonisierung im öffentlichen Verkehr beschleunigen!	08.09.2021 Punktweise beschlos- sen Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme	31.12.2023	Die Abklärungen der Transportunternehmen zeigen, dass elektrisch betriebene Busse wirtschaftlich und technisch interessanter sind als Busse mit Wasserstoffantrieben. Mit der Anpassung und Verlängerung des Angebotsbeschlusses 2022 – 2026 öffentlicher Verkehr wird die Finanzierung von fossilfreien Bussen in die üblichen Finanzierungsgefässe integriert. Dieser wurde vom Regierungsrat im November 2023 z.H. des Grossen Rates verabschiedet. Der Regierungsrat wird zudem im Rahmen des Angebotsbeschlusses öffentlicher Verkehr 2026 – 2029 beziehungsweise im Rahmen des Investitionsrahmenkredits öffentlicher Verkehr 2026 – 2029 Massnahmen darlegen. Mit dem neuen CO ₂ -Gesetz sollen auch auf Bundesebene Förderinstrumente festgelegt werden. Die kantonale Finanzierung muss auf diese Instrumente abgestimmt sein.	F2
196-2021 M	Remund (Mittelhäusern, Grüne) vom 09.09.2021 Berücksichtigung der Wasserknappheit bei den Konzessionen für das Kraftwerk Trift und bei der Staumauererhöhung des Grimselsees	15.03.2022	31.12.2024	Betreffend das Potenzial der grösseren Stauseen der KWO, Trockenheitsrisiken lindern zu können, bestehen nach wie vor offene Fragen. Das Thema wird deshalb im Rahmen der Überarbeitung der Wasserstrategie vertieft behandelt. Die entsprechenden Arbeiten wurden gestartet und sollen 2025 abgeschlossen werden. Die Konzession für das Kraftwerk Trift wurde am 8. Juni 2023 durch den Grossen Rat erteilt. Die entsprechende Konzession wurde in die bestehende Gesamtkonzession der KWO eingebunden. Gleiches ist für das Projekt «Vergrösserung Grimselsee» geplant. Die Gesamtkonzession läuft Anfang 2042 ab. Der Kanton wird die Anliegen der Motion	F1

				im Rahmen der Neukonzessionierung der KWO und gestützt auf die dannzumal überarbeitete Wasserstrategie prüfen und gegebenenfalls berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund wird beantragt, die Motion abzuschreiben.	
007-2022 M	Bühler (Liebefeld, Grüne) vom 22.02.2022 31.12.2024 Kreislaufwirtschaft im Kanton Bern in allen Bereichen vorantreiben	08.09.2022	31.12.2024	Die Teilrevision des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (USG) sieht Massnahmen im Bereich der Kreislaufwirtschaft zur Schonung von Ressourcen vor. Der Kanton Bern hat die vorgesehenen Massnahmen auf nationaler Ebene in der Vernehmlassung zum USG unterstützt und erachtet sie als geeignet. Die Revision dürfte allerdings frühestens im zweiten Halbjahr 2025 in Kraft treten.	F2

4. Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen kein Antrag gestellt wird. Es wird über den Bearbeitungsstand informiert.

BAU- UND VERKEHRSDIREKTION (BVD)					
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung	
127-2019 M	DEPU (Gullotti, Tramelan) Lösungen für die Zukunft des Klosters Bellelay	04.09.2019	31.12.2023	Die Suche nach einer geeigneten Nachnutzung für die infolge des Wegzugs der Abteilung «Psychiatrische Gesundheit» des Hôpital du Jura Bernois (HJB) leerstehenden Gebäude am Standort «Abbaye de Bellelay» läuft nach wie vor. Das zwischenzeitlich gewachsene Interesse an potentiellen kantonalen Nutzungen am Standort und die damit verbundenen Unsicherheiten für das Projekt «Avenir de l'Abbaye de Bellelay» verzögerten die Weiterentwicklung insbesondere was die Nutzungsszenarien und die damit verbundene Anpassung der Nutzungspläne der Gemeinde anbelangt. Auf der Basis der politischen Entscheide sollen bis im 2. Quartal 2024 konkrete Absichtserklärungen mit ABR und der Standortgemeinde in Form von Planungsvereinbarungen formuliert werden.	
246-2019 M	Stucki (Stettlen, glp) Baustoffrecycling konsequent einsetzen und damit Materialkreisläufe schliessen	05.03.2020 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme Ziffer 3: Ablehnung	31.12.2024	Die Erarbeitung einer Vorgehensweise zur Erreichung der Klima-Ziele netto Null bei den kantonalen Liegenschaften ist noch nicht abgeschlossen. Die Themen «Baustoffrecycling» und «Schliessung der Materialkreisläufe» werden weiterbearbeitet und in der neuen Nachhaltigkeitsstrategie Eingang finden. Bereits heute werden Recyclingbaustoffe eingesetzt unter der Voraussetzung, dass sie am Markt verfügbar sind und die technischen Anforderungen erfüllt werden.	
304-2019 M	Knutti (Weissenburg, SVP) Verbesserung beim Neubau des Polizeizentrums Niederwangen	04.06.2020	31.12.2024	Mit dem im Juni 2023 genehmigten Baugesuch hat die Gemeinde Köniz dem Mobilitäts- und Bewirtschaftungskonzept für das Polizeizentrum Niederwangen (PZB) zugestimmt. Darin wurde nachgewiesen, dass mit dem geplanten Parkplatzangebot von insgesamt 570 Einstellhallen-Parkplätzen und 30 Aussenparkplätzen die Genehmigungsaufgaben aus der Baubewilligung wie auch der Bedarf der Kantonspolizei erfüllt werden können. Für das PZB soll ausschliesslich zertifiziertes Holz aus nachhaltiger Produktion – und wo immer möglich – Schweizer Holz verwendet werden. Dabei ist der Kanton jedoch dem öffentlichen Beschaffungsrecht unterstellt. Die Vergabe für die Holzarbeiten durch den Totalunternehmer erfolgt voraussichtlich bis im Sommer 2024. Mit der Vergabe an den Beauftragten erfolgt der Nachweis, welches Holz im PZB verwendet wird.	
277-2019 M	Riem (Iffwil, BDP) Kantonale Bauten - Wunschkonzept der Nutzer?	08.06.2020	31.12.2024	Das AGG hat im Frühling 2022 das Projekt «Räumliche Verwaltungsstrategie Bern» gestartet, welches voraussichtlich 2024 dem Regierungsrat zur Genehmigung unterbreitet wird. Ziel ist die Entwicklung und Umsetzung einer räumlichen Strategie hinsichtlich der politisch geforderten und wirtschaftlich sinnvollen Zentralisierung der Verwaltung im Raum Bern. Im Rahmen dieses Projektes werden die kantonale Immobilienstrategie und die kantonalen Flächenstandards angewandt.	

301-2019 M	Kohler (Meiringen, Grüne) PV-Anlagen auf bestehenden Infrastrukturen möglich machen	08.06.2020	31.12.2024	Bei jedem Neubau, bei jeder Grossinstandsetzung und bei jeder Sanierung eines Daches einer kantonalen Liegenschaft wird der Bau einer Photovoltaikanlage überprüft und in der Regel auch realisiert. Ausnahmen ergeben sich aus ungünstiger Besonnung, Auflagen der Denkmalpflege oder beabsichtigten Veräusserung der Liegenschaft und unterliegen damit auch rechtlichen Vorgaben. 2023 wurde das Photovoltaikpotential der kantonalen Liegenschaften systematisch erhoben. Es wurden 750 Gebäudedächer und deren Fassaden im Bestand auf ihr grundsätzliches Photovoltaikpotential hin untersucht. Die Ergebnisse liegen vor. Es wird angestrebt, anfangs 2024 mit einem Projekt zur Umsetzungsstrategie und -planung zu starten. Auch das Tiefbauamt hat das PV-Potenzial auf sämtlichen Infrastrukturen der Kantonsstrassen im Rahmen einer Studie erhoben. Aktuell läuft die Ausschreibung der Objekte für Drittinvestoren.
157-2020 M	Grupp (Biel/Bienne, Grüne) Verbot des Schwerverkehrs auf der Reuchenettestrasse in Biel	30.11.2020 Annahme als Postulat	31.12.2024	Die Frage einer Sperrung der Reuchenettestrasse für den Schwerverkehr wird im Rahmen der Arbeiten der übergeordneten Projektorganisation «Espace Biel/Bienne.Nidau» geklärt. Der Bieler Stadtrat hat zudem ein Postulat mit identischem Inhalt als erheblich erklärt. Die Ergebnisse einer Verkehrserhebung in Biel/Bienne und Umgebung, die im Jahr 2023 abgeschlossen werden konnte, dienen als Grundlage für die Abklärungen der verschiedenen Anliegen im Zusammenhang mit dem Schwerverkehr. Das Tiefbauamt hat zusammen mit der Stadt Biel/Bienne ein Ingenieurbüro beauftragt, die Möglichkeiten eines Lastwagenverbots und deren Auswirkungen abzuklären. Die Resultate werden für Anfang 2024 erwartet. Anschliessend sind weitere Gespräche mit den Verantwortlichen der Stadt Biel/Bienne geplant.
162-2020 M	Vanoni (Zollikofen, Grüne) Kantonale Velo-Offensive II: Mit der Schliessung von Netzlücken und der Schaffung von Velovorrangrouten rascher vorwärts machen!	30.11.2020 Punktweise beschlossenen Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme Ziffer 3: Annahme als Postulat Ziffer 4: Annahme als Postulat Ziffer 5: Annahme als Postulat Ziffer 6: Annahme und gleichzeitige Abschreibung	31.12.2024	Die Abklärungen zu den als Postulat überwiesenen Ziffern sind noch nicht abgeschlossen. Was Ziffer 2 der Motion betrifft, so sind aktuell verschiedene Machbarkeitsstudien von Velovorrangrouten abgeschlossen oder in Bearbeitung, teils unter der Federführung des Kantons, teils unter der Federführung der Regionen. Eine Umsetzungsplanung ist ebenfalls im Gange. Für die Umsetzung von Massnahmen zur Verbesserung der kantonalen Veloinfrastruktur in den Jahren bis 2027 sollen gemäss der Investitionspriorisierung Tiefbau, mit der sich der Regierungsrat 2023 erstmals befasste, rund CHF 15 bis 20 Millionen pro Jahr investiert werden.
170-2020 M	Grüne (Kohler, Meiringen) Solaroffensive: Kanton muss jetzt handeln	30.11.2020	31.12.2024	In den Jahren 2019 und 2020 wurde die Zahl von Photovoltaikanlagen mit entsprechender Solarfläche deutlich gesteigert. Bei den Gebäuden in Planung werden immer auch PV-Anlagen geprüft und mitgeplant. Somit werden laufend neue PV-Anlagen installiert und in Betrieb genommen. 2023 wurde das Photovoltaikpotential der kantonalen Liegenschaften systematisch erhoben. Es wurden 750 Gebäudedächer und deren Fassaden im Bestand auf ihr grundsätzliches Photovoltaikpotential hin untersucht. Die Ergebnisse liegen vor. Es wird angestrebt, anfangs 2024 mit einem Projekt zur Umsetzungsstrategie und -planung zu starten. Auch das Tiefbauamt hat das PV-Potenzial auf sämtlichen Infrastrukturen der Kantonsstrassen im Rahmen einer Studie erhoben. Aktuell läuft die Ausschreibung der Objekte für Drittinvestoren.
211-2020 M	Arn (Muri b. Bern, FDP) Sofortmassnahmen zur Entlastung des AGG im Interesse der Berner Hochschulen	30.11.2020 Punktweise beschlossenen Ziffer 1: Ablehnung Ziffer 2: Annahme als Postulat	31.12.2024	Zwischen dem AGG und der Universität wurde im Dezember 2022 die Leistungsvereinbarung zur Regelung der Zusammenarbeit für Jahresunterhaltsmassnahmen im Sinne eines Pilotversuchs abgeschlossen. Dabei übertrug das AGG der Universität für definierte Gebäude im Eigentum des Kantons Bern die Kompetenz und die Verantwortung für Unterhalts- und Notmassnahmen sowie für betriebsspezifische Anpassungen. Ergebnisse liegen aktuell noch nicht vor.
223-2021 M	Egger (Hünibach, SP) vom 26.11.2021 ÖV- und Velo-Offensive am Thunersee	09.03.2022 Punktweise beschlossenen Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme bei gleichzeitiger Abschreibung Ziffer 4: Annahme	31.12.2024	Die Prüfung der mit Ziffer 1 und 2 eingebrachten Anliegen zeigte, dass die Priorisierungsmassnahmen für den ÖV ab 2024 definitiv sowie ein durchgehender Radstreifen weitgehend ohne bauliche Massnahmen umgesetzt werden können. Im Zusammenhang mit der Priorisierung des ÖV werden ferner zeitlich beschränkte Massnahmen mit digitalen Signalen zur Steuerung des Verkehrs ab 2024 umgesetzt, womit auch das Anliegen der Ziffer 4 erfüllt sein wird.

084-2021 M	GPK (Siegenthaler, Thun) vom 29.04.2021 Transparenz bei kantonalen Raumkosten – Einführung eines Verrechnungsmodells	15.03.2022	31.12.2024	Die Arbeiten zu einem «Anreizsystem Raumkonsum» wurden gestartet. Ziel ist eine effektive Steuerung des Raumkonsums in den verschiedenen Teilportfolios. Der Regierungsrat befassete sich anfangs 2023 ein erstes Mal mit dem Thema und wird voraussichtlich anfangs 2024 mit einem Zwischenbericht befasst werden.
113-2021 M	Schilt (Utzingen, SVP) vom 07.06.2021 Verbesserung der ÖV-Erschliessung in Agglomerationsräumen und im ländlichen Raum	15.03.2022	31.12.2024	Die von den Regionen im Jahr 2021 lancierte Studie zur Verbesserung der Erschliessung des ländlichen Raums wurde im Sommer 2022 abgeschlossen. Die Schlussfolgerungen werden aktuell in den Regionalen Verkehrskonferenzen vertieft. Die Umsetzung von entsprechenden Massnahmen ist über den nächsten Angebotsbeschluss vorgesehen.
133-2021 M	Stampfli (Bern, SP) vom 14.06.2021 ÖV-Offensive für den Kanton Bern	15.03.2022	31.12.2024	In der kantonalen Stellungnahme zur Vernehmlassung zum Stand der Ausbauprogramme für die Bahninfrastruktur und zur Perspektive BAHN 2050 wurde das Anliegen der anzustrebenden Verkehrsverlagerung eingebracht. Die Vorlage wird ab der Wintersession 2023 im Bundesparlament behandelt. Der nächste Angebotsbeschluss und Investitionsrahmenkredit, mit welchem der Regierungsrat aufzeigen wird, wie der öffentliche Verkehr im Kanton Bern gestärkt werden kann, wird die Periode 2026 – 2029 umfassen.
158-2021 M	Baumann (Münsingen, EDU) vom 17.06.2021 Flächendeckendes Wasserstofftankstellennetz bis 2025 in der Schweiz aufbauen	15.03.2022	31.12.2024	Das Tiefbauamt fördert die Realisierung von Wasserstofftankstellen im Rahmen seines Zuständigkeitsbereichs. Im September 2022 wurde die Realisierung einer Wasserstofftankstelle durch einen Investor auf der Raststätte Grauholz bewilligt. Die Anlage wurde im Sommer 2023 als erste Wasserstofftankstelle auf einer Schweizer Raststätte eröffnet.
165-2021 M	Steiner (Boll, EVP) vom 06.07.2021 Radweg Vechigen–Krauchthal: letzte Meile	15.03.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland kann das Projekt im Rahmen der aktuell laufenden Überarbeitung des regionalen Velowegnetzes prüfen und, sofern gewünscht, in das nächste regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) aufnehmen. Danach kann die Massnahme allenfalls in den Sachplan Veloverkehr aufgenommen werden und schliesslich muss die Umsetzung im Kontext aller angemeldeten Veloprojekte und den verfügbaren Mitteln priorisiert werden. Das Tiefbauamt hat die betroffenen Gemeinden und die Region über das Vorgehen entsprechend informiert.
213-2021 M	Matti (Zweisimmen, Die Mitte) vom 16.09.2021 Starker Tourismus im Kanton Bern / Gleichbehandlung des touristischen Verkehrs	15.03.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Das zuständige Amt für öffentlichen Verkehr und Verkehrskoordination hat die Arbeiten zur Umsetzung des Vorstosses aufgenommen. Unter anderem wurden Gespräche mit den involvierten Verwaltungsstellen hinsichtlich der Prüfung der Anliegen geführt.
002-2022 M	Müller (Innerberg, SP) vom 05.02.2022 Umsetzung der fünf Veloverkehr-Planungsstudien der RKBM	13.06.2022	31.12.2024	Der Kanton Bern hat sich bereit erklärt, die Koordination der Umsetzung der fünf Velohaupttrouten der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) zu übernehmen. Zuständig für die Umsetzung der entsprechenden Teilstücke sind die jeweiligen Strasseneigentümer (Kanton und Gemeinden). Der Kanton Bern ist daran, unter Einbezug der RKBM eine Umsetzungsplanung (Masterplan) zu erarbeiten. Hierzu haben im August 2023 pro Velokorridor auch Informationsanlässe mit den betroffenen Gemeinden stattgefunden. Eine Verlegung der Massnahmen in den A-Horizont des Agglomerationsprogramms der 4. Generation wurde vom Bundesparlament nicht umgesetzt.
260-2021 P	Flück (Interlaken, FDP) vom 08.12.2021 Kantonale Studie «Businfrastruktur»	08.09.2022	31.12.2024	Das AÖV hat im Jahr 2022 bei den Transportunternehmen eine Umfrage zur Identifikation der Staustrecken im Busverkehr durchgeführt. Umfangreiche und zweckmässige Massnahmen werden gemeinsam mit den Regionen und Strasseneigentümern in die regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte (RGSK) aufgenommen. Die Eingaben werden im Jahr 2024 erwartet. Kleine Massnahmen wurden zur Bearbeitung an den zuständigen Strasseneigentümer weitergeleitet.
026-2022 M	Flück (Interlaken, FDP) vom 07.03.2022 Deponie von Geschiebe aus Naturereignissen – dringender Handlungsbedarf!	08.09.2022	31.12.2024	Eine directionsübergreifende Arbeitsgruppe hat die Arbeiten aufgenommen. Ein erster interner Berichtsentswurf mit Umsetzungsvarianten liegt vor. Dieser wird nun diskutiert und weiter bearbeitet.
029-2022 M	Die-Mitte (Riem, Iffwil) vom 07.03.2022 Konzessionen für Wasserkraftwerke – eine Strategie ist dringend	08.09.2022	31.12.2024	Ein Grundlagenbericht, welcher durch externe Experten erarbeitet wurde, liegt vor. Zudem hat der Regierungsrat im November 2023 eine Delegation «Konzessionsstrategie Wasserkraft» eingesetzt. Sie besteht aus Vertretern des Regierungsrats. Unter Einbezug von Fachleuten aus der BVD, der DIJ und der WEU bereitet die Delegation die Grundlagen für die «Konzessionsstrategie Wasserkraft» auf und erarbeitet einen Strategieentwurf zuhanden des Regierungsrates. Die «Konzessionsstrategie Wasserkraft» wird dem Grossen Rat voraussichtlich 2024 zur Kenntnis gebracht.
044-2022 M	Feuz (Bern, SVP) vom 07.03.2022 Weiterführung der S-Bahn Richtung Inselspital-Köniz-West-Schwarzenburg	08.09.2022	31.12.2024	Die Zweckmässigkeitsbeurteilung der geforderten, neuen Bahninfrastruktur wurde im Frühjahr 2022 gestartet. Die Studie und die erfolgte Mitwirkung bildet eine wichtige Entscheidungsgrundlage für das Projekt. Die Mitwirkung wird derzeit ausgewertet.
055-2022 M	Abplanalp (Brienzwiler, SVP) vom 09.03.2022 Ausbildungsstandort Grosstier-Veterinärausbildung	08.09.2022	31.12.2024	Die Suche nach einem neuen Standort für die Nutztierklinik der Universität Bern ist in die Wege geleitet. Entsprechend den Kriterien der Vetsuisse Fakultät soll, u.a. um die betrieblichen Abläufe nicht zu strapazieren, der neue Standort möglichst nahe beim Areal Tierspital liegen. Der Standort soll zudem für die Studierenden und die Mitarbeitenden der Universität mit ÖV und für den An- und Abtransport von Grosstieren auch mit dem MIV gut erschlossen sein.

077-2022 P	von Arx (Schliern b. Köniz, glp) vom 17.03.2022 Ein Gymnasium Bern-West als Lösung für die drohende Schulraumknappheit	08.09.2022	31.12.2024	Die räumliche Evaluation von potentiellen Standorten für ein fünftes Gymnasium in Abhängigkeit des Bevölkerungswachstums, der Einzugsgebiete und der Verkehrsströme wurde unter der Leitung der BKD / MBA gestartet. Die Ergebnisse werden 2024 vorliegen. Anhand dieser Grundlagen wird das AGG die Machbarkeit dieser Standorte prüfen.
117-2022 M	Remund (Mittelhäusern, Grüne) vom 13.06.2022 Solar-Stromproduktion von Verwaltung ermöglichen	30.11.2022	31.12.2024	Die bis anhin gängige Praxis, Anlagen als Eigenverbrauchsanlagen zu bauen, wurde ab 2023 geändert. Neu wird bei kantonalen Neubau- und Sanierungsprojekten die grösstmöglich nutzbare Fläche auf Dächern mit PV-Anlagen belegt. Des Weiteren wurde im Jahr 2023 das Photovoltaikpotential der kantonalen Liegenschaften (Dach, Fassaden) systematisch erhoben. 750 Gebäudedächer und deren Fassaden im Bestand wurden auf ihr grundsätzliches Photovoltaikpotenzial hin untersucht. Die Ergebnisse liegen vor. Anfang 2024 soll mit einem Projekt zur Umsetzungsstrategie und -planung gestartet werden.
127-2022 M	Rothenbühler (Lauperswil, Die Mitte) vom 14.06.2022 CO ₂ -Monitoring bei kantonalen Bautätigkeit	30.11.2022	31.12.2024	Die Arbeiten zur Umsetzung der Motion wurden im 2023 aufgenommen. Es liegen noch keine relevanten Zwischenergebnisse vor.
130-2022 M	Hässig Vinzens (Zollikofen, SP) vom 14.06.2022 Aarwangen – Sicherheit der Bevölkerung sofort erhöhen!	30.11.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Provisorische, vom Gesamtprojekt unabhängige Übergangsmassnahmen werden aktuell geprüft und wenn möglich umgesetzt. Dazu steht das Tiefbauamt in engem Austausch mit der Gemeinde Aarwangen, der Aare Seeland mobil AG (asm) und Interessenverbänden.
142-2022 M	Freudiger (Langenthal, SVP) vom 15.06.2022 Verkehrssanierung Aarwangen – Anliegen ernst nehmen, ohne das Projekt zu beeinträchtigen	30.11.2022	31.12.2024	Provisorische, vom Gesamtprojekt unabhängige Übergangsmassnahmen werden aktuell geprüft und wenn möglich umgesetzt. Dazu steht das Tiefbauamt in engem Austausch mit der Gemeinde Aarwangen, der Aare Seeland mobil AG (asm) und Interessenverbänden.
173-2022 M	Ritter (Burgdorf, GLP) vom 05.09.2022 Solaranlagen an Fassaden erlauben	30.11.2022	31.12.2024	Auf Bundesebene laufen Gesetzgebungsarbeiten zur Änderung von Artikel 18a des Bundesgesetzes vom 22. Juni 1979 über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG; SR 700). Damit sollen genügend angepasste Solaranlagen an Fassaden bewilligungsfrei erklärt werden. Das Anliegen der Motion könnte damit auf Bundesebene rascher und weitreichender erfüllt werden als auf kantonaler Ebene. Mit der weiteren Umsetzung der Motion wird daher vorläufig zugewartet.
204-2022 M	Riem (Kiesen, SVP) vom 13.09.2022 Neuanfang auf dem Schwand für den Kanton Bern!	30.11.2022 Punkteweise beschlossen Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme	31.12.2024	Ende 2022 fand die angekündigte Versteigerung der Liegenschaften auf dem Areal Schwand in Münsingen statt. Diese befinden sich weiterhin in Privateigentum. Weitere Arbeiten zur Prüfung und Umsetzung der Anliegen hinsichtlich der Inforama-Standorte wurden im 2023 vorgenommen. Die Inforama-Strategie wurde an der Herbstsession 2023 vom Grossen Rat zur Überarbeitung zurückgewiesen. Sobald der Grosse Rat die Inforama-Strategie verabschiedet, können auf dieser Basis die definitiven Schlüsse für die kantonalen Nutzungen am Standort Schwand gezogen werden.
171-2022 M	Die-Mitte (Riem, Iffwil) vom 05.09.2022 Wirtschaftliche und zeitgemässe Unterbringung der Verwaltung im Raum Bern	15.03.2023	31.12.2025	Das AGG hat 2022 das Projekt «Räumliche Verwaltungsstrategie Bern» gestartet. Ziel ist die Entwicklung und Umsetzung einer räumlichen Strategie hinsichtlich der politisch geforderten und wirtschaftlich sinnvollen Zentralisierung der Verwaltung im Raum Bern. Im Rahmen dieses Projekts werden die kantonale Immobilienstrategie und die neuen kantonalen Flächenstandards angewandt. Voraussichtlich im 2024 soll die «Räumliche Verwaltungsstrategie Bern» dem Regierungsrat zur Genehmigung unterbreitet werden.
218-2022 M	Gerber (Hinterkappelen, Grüne) vom 14.09.2022 Keine Weiterverbreitung von Quagga-Muscheln	15.03.2023	31.12.2025	Die in der Motion verlangte Melde- und Bootsreinigungspflicht soll auf der Basis der Binnenschiffahrts-gesetzgebung über eine Verordnung umgesetzt werden. Dabei steht die Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Kantonen im Vordergrund, die bereits ein ausgearbeitetes Konzept und entsprechende Regelungen erarbeitet. Die Zuständigkeiten und das weitere Vorgehen werden derzeit konkretisiert. haben.
245-2022 M	Die-Mitte (Riem, Iffwil) vom 28.11.2022 Klare Bestimmungen für die Anwendung von Artikel 9 ÖVG	15.03.2023	31.12.2025	Die Arbeiten zur Umsetzung sind parallel zu den Abklärungen hinsichtlich der Forderungen der als Postulat überwiesenen Motion 213-2021 aufgenommen worden.
248-2022 M	Rüegsegger (Riggisberg, SVP) vom 28.11.2022 Weniger Fruchtfolgefläche für den A1-Ausbau Wankdorf-Grauholz auf 8 Spuren	15.03.2023	31.12.2025	Der Regierungsrat hat die Forderung nach einem möglichst geringen Verbrauch von Fruchtfolgefläche für den Ausbau der A1 im Sinne der Motionäre im Plangenehmigungsverfahren des Bundes eingebracht. Er wird sich auch im weiteren Verlauf des Projekts gegenüber dem Bund dafür einsetzen.
251-2022 M	Wenger (Spiez, EVP) vom 28.11.2022 Anpassung der Wasserstrategie	08.06.2023	31.12.2025	Der Regierungsrat hat am 14. Dezember 2022 die Überarbeitung der kantonalen Wasserstrategie in Auftrag gegeben. Die in der Motion erwähnten Punkte werden damit umgesetzt. Gemäss Terminplan wird die überarbeitete Wasserstrategie Ende 2025 vom Regierungsrat verabschiedet und im 2026 dem Grossen Rat zur Kenntnis gebracht.

255-2022 M	Remund (Mittelhäusern, Grüne) vom 30.11.2022 Radweg Mittelhäusern–Schwarzenburg	08.06.2023 Punktweise beschlos- sen Ziffer 1: Annahme und gleichzeitige Abschrei- bung Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Massnahmen sowie ihre Realisierung werden im Rahmen der regionalen Velonetzplanung geprüft. Kurzfristig realisierbare Verbesserungen der Verkehrssicherheit werden 2024 / 25 geprüft.
265-2022 M	Jordi (Bern, SP) vom 05.12.2022 Verkehrsmittel besser verbinden: Förderung von multimodalen Lösungen – auch durch ÖV-Unternehmen!	08.06.2023 Punktweise beschlos- sen Ziffer 1: zurückgezogen Ziffer 2-5: Annahme	31.12.2025	Der Kanton Bern verfügt über niederschwellige Instrumente, um Planungen und Projekte Dritter zu unter- stützen. Die Gesuche werden im Sinn der Motion und basierend auf der Gesamtmobilitätsstrategie Kanton Bern (GMS) laufend geprüft. Im Rahmen des nächsten ordentlichen ÖV-Angebotsbeschlusses soll aufge- zeigt werden, welche Stossrichtungen der Kanton zur multimodalen Mobilität verfolgt und welche Initiati- ven er dazu unterstützt. Der Kanton bietet weiterhin nach Bedarf Austauschplattformen, welche die Umsetzung der GMS unter- stützen (bspw. alternative Antriebe im strassengebundenen ÖV, Harmonisierung Bikesharing-Angebote, schienengebundene City-Cargo-Hubs, Mobilitätsmanagement). Diese Arbeiten werden weitergeführt und laufend optimiert. Der Berner Verkehrstag im August 2023 wurde zudem der GMS gewidmet.
292-2022 M	von Arx (Spiegel b. Bern, GLP) vom 08.12.2022 Mehr Kohärenz bei der Energiebeschaffung durch ÖV- Unternehmen	08.06.2023	31.12.2025	Bernmobil hat den Strombedarf für die nächsten fünf Jahre öffentlich-rechtlich ausgeschrieben und im Au- gust 2023 den Zuschlag an EWB erteilt. Ferner sind die Arbeiten zur Anpassung der Verordnung aufge- nommen worden.
053-2023 M	Grupp (Biel/Bienne, Grüne) vom 13.03.2023 Bieler Züge gehören nicht aufs Abstellgleis	06.09.2023	31.12.2025	Die zukünftige Perronbelegung im Bahnhof Bern wird im Rahmen der aktuellen Workshops zur Konsoli- dierung des Angebotskonzeptes 2035 geprüft. Dabei strebt der Kanton Bern Lösungen an, bei denen die Gleise 49 und 50 möglichst nicht von regelmässig verkehrenden Zügen belegt werden.
066-2023 M	Saïd (Biel/Bienne, SP) vom 14.03.2023 Getränkekarton-Recycling	06.09.2023	31.12.2025	Bereits im November 2022 hat die Bau- und Verkehrsdirektion des Kantons Bern (BVD) ein flächende- ckendes Sammelangebot für gemischte Kunststoffabfälle für alle Berner Gemeinden mitlanciert (vgl. BSIG-Nr. 8/822.1/4.1). Getränkekartons können zusammen mit den Kunststoffabfällen gesammelt wer- den. Nach der Einführungsphase wird das neue Sammelangebot einer Evaluation unterzogen.
088-2023 M	Freudiger (Langenthal, SVP) vom 15.03.2023 Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahren im Zusammenhang mit Baudenkmälern	06.09.2023	31.12.2025	Das Anliegen fliesst in die nächste Baugesetzrevision unter Federführung der BVD ein.
113-2023 M	Hess (Nidau, FDP) vom 05.06.2023 SBB-Fahrplan 2025: Stopp dem kontinuierlichen Attraktivitäts- verlust der Jurasüdfusslinie – Ja zur Beibehaltung der direkten Zugverbindung Biel–Genf/Flughafen	06.09.2023	31.12.2025	Der Kanton setzt sich im Rahmen der Konsolidierung des Angebotskonzeptes 2035 für das Anliegen der Motion ein. An diversen Gesprächen mit der Städteallianz konnte bereits eine gemeinsame Stossrichtung für die Verbesserung des Angebots am Jurasüdfuss erarbeitet werden.
119-2023 P	Grupp (Biel/Bienne, GRÜNE) vom 05.06.2023 Für eine integrierte Wasserbewirtschaftung der Drei-Seen-Re- gion (Bieler-, Neuenburger- und Murtensee)	29.11.2023	31.12.2025	Die Arbeiten zur Prüfung der Anliegen des Postulats werden im 2023 aufgenommen.
135-2023 M	Remund (Mittelhäusern, GRÜNE) vom 12.06.2023 Energieautonomie der Immobilien des Kantons Bern	29.11.2023	31.12.2025	Die Arbeiten zur Prüfung der Umsetzung des Anliegens der Motion werden im 2023 aufgenommen.
147-2023 M	de Meuron (Thun, GRÜNE) vom 15.06.2023 Förderung von flächeneffizienten und nachhaltigen Mobilitäts- formen anstelle gesetzlicher Fehlanreize zur Parkplatzerstel- lungspflicht!	29.11.2023 Punktweise beschlos- sen Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2 und 3: Ableh- nung	31.12.2025	Die Arbeiten zur Prüfung der Anliegen des Postulats werden im 2023 aufgenommen.
151-2023 M	Gerber (Hinterkappelen, GRÜNE) vom 15.06.2023 Gehörlose und hörbehinderte Personen nicht von Durchsagen im ÖV ausschliessen	29.11.2023 Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Arbeiten zur Prüfung der Anliegen des Postulats werden im 2023 aufgenommen.
180-2023 M	Klopfenstein (Corgémont, SVP) vom 04.09.2023 Weniger Staus auf der A16 während der Strassensanierungs- arbeiten	29.11.2023	31.12.2025	Die Arbeiten zur Prüfung der Umsetzung des Anliegens der Motion werden im 2023 aufgenommen.

5. Planungserklärungen

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Planungserklärungen Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

Bei verschiedenen Planungserklärungen mit demselben Titel (gleiches Geschäft) Spalte (Punkt X) ausfüllen (Titel, Datum leer lassen)

BAU- UND VERKEHRSDIREKTION (BVD)					
Titel	Datum	Erklärung	Kurzbeschreibung /zusammengefasst) des Gegenstandes	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
Wasserstrategie	31.03.2011	4	Wassernutzung, Ausbaupotenzial Wasserkraft: Die Wassernutzungsstrategie ist so umzusetzen, dass das für den Kanton Bern ermittelte Ausbaupotenzial von 300 Gigawattstunden erreicht werden kann.	Im Kanton Bern liegen drei (von insgesamt 15) Speicherwasserkraftwerken, die am Runden Tisch «Wasserkraft» gemäss heutigem Kenntnisstand energetisch am meistversprechenden sind und gleichzeitig mit möglichst geringen Auswirkungen auf die Biodiversität und Landschaft umgesetzt werden können. Für das erste dieser Projekte, das Kraftwerk Trift, wurde im Sommer 2023 die Konzession durch den Grossen Rat erteilt. Es wird im Durchschnitt jährlich 145 Gigawattstunden Strom aus erneuerbaren Energiequellen produzieren. Zusammen mit den seit 2010 neu erstellten Kraftwerken und Ertüchtigungen bestehender Anlagen wird das Ausbauziel erreicht. Mit den weiteren, vom Runden Tisch priorisierten Projekten wird das Ziel von 300 Gigawattstunden schliesslich übertroffen.	Erledigt
Richtlinien der Regierungspolitik 2019-2022 Zu Ziel 5	05.03.2019	5	SAK (Jost): Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Thema Klimawandel und nachhaltige Wassernutzung im Ziel 5 ("Nachhaltige Entwicklung") der Richtlinien zu berücksichtigen und konkrete Massnahmen in Zusammenarbeit mit Forschung und Wirtschaft zu prüfen. Hintergrund sind die durch den Klimawandel häufiger auftretenden saisonalen Wasserknappheiten. Der Kanton Bern hat durch seine Geografie Möglichkeiten, Wasserreservoir für die Schweiz und sogar über die Landesgrenzen hinaus zur Verfügung zu stellen.	Das Thema einer nachhaltigen Wassernutzung und -bewirtschaftung in Zusammenhang mit dem Klimawandel ist Gegenstand der Überarbeitung der kantonalen Wasserstrategie, welche vom Regierungsrat Ende 2025 verabschiedet und 2026 dem Grossen Rat zu Kenntnis gebracht werden soll. Für die KWO-Speicherbecken wurde im Vorfeld des Konzessionsverfahrens für das Projekt Trift bereits der Nachweis erbracht, dass die Hauptproblemgebiete im Hinblick auf Trockenheit im Kanton Bern zu weit von den Speicherbecken entfernt sind, als dass sie einen massgebenden Beitrag zum Trockenheitsmanagement leisten könnten (Bericht geo 7/AWA vom 20.07.2017). Im Rahmen der Schwall-Sunk-Sanierung beim Schiffeensee ist die Zusammenarbeit mit dem Kanton Freiburg im Gang. Es handelt sich jedoch nicht um eine Neukonzessionierung, sodass die Möglichkeit zur Einflussnahme geringer ausfällt. Für neue Grossprojekte für die landwirtschaftliche Bewässerung werden bei der Überarbeitung der Wasserstrategie und in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Akteuren Massnahmen erarbeitet, wie das zur Verfügung stehende Wasser auf geeignete und nachhaltige Art und Weise genutzt beziehungsweise verteilt werden kann.	In Bearbeitung
Hochwasserschutz Aare Thun-Bern Standbericht der BVE	11.05.2020	2	Im Rahmen der einzelnen Kreditgeschäfte zuhanden des Grossen Rates für alle Hochwasserschutzprojekte aus dem Perimeter des ehemaligen Wasserbauplans «Aarewasser» sind zwingend folgende Angaben auszuführen: – Kostenschätzung für Hochwasserschutzmassnahmen an der Aare zwischen Thun und Bern zum Zeitpunkt der Abschreibung des Wasserbauplans «Aarewasser» vs. Kostenschätzung zum aktuellen Zeitpunkt sowie die Begründung für eine allfällige Abweichung Kostenschätzung des konkreten Einzelprojekts zum Zeitpunkt der Abschreibung des Wasserbauplans «Aarewasser», sowie die Begründung für eine allfällige Abweichung zur aktuellen Kostenschätzung.	Die Forderungen der Planungserklärung sind in den Prozess zur Berichterstattung gegenüber dem Grossen Rat sowie für die Erarbeitung von Kreditgeschäften eingeflossen und werden standardmässig berücksichtigt.	Erledigt
		3	In der jährlichen Berichterstattung der BVD zuhanden der GPK sowie in den Kreditanträgen zuhanden des Grossen Rates ist für alle Hochwasserschutzprojekte aus dem Perimeter des ehemaligen Wasserbauplans die Begründung für allfällige Abweichungen der zeitlichen Eckpunkte (Projektstart, Baubeginn, Bauende) im Vergleich zu den Angaben im Standbericht 2019 auszuführen.	Die Forderungen der Planungserklärung sind in den Prozess zur Berichterstattung gegenüber der GPK und dem Grossen Rat sowie für die Erarbeitung von Kreditgeschäften eingeflossen und werden standardmässig berücksichtigt.	Erledigt

		4	Im Rahmen der einzelnen Kreditgeschäfte zuhanden des Grossen Rates ist für alle Hochwasserschutzprojekte aus dem Perimeter des ehemaligen Wasserbauplans «Aarewasser» jeweils der Betrag aufzuzeigen, welcher dank Vorarbeiten aus der Projektierung des Wasserbauplans «Aarewasser» eingespart werden konnte.	Die Forderung der Planungserklärung ist in den Prozess zur Erarbeitung von Kreditgeschäften eingeflossen und werden standardmässig berücksichtigt, soweit die Kosten beziffert werden können.	Erledigt
Strassennetzplan 2022 - 2035		2	Die Projekte 210.20337 Radweg Interlaken-Därigen und 210.20338 Därigen-Leissigen, sollen nach Möglichkeit terminlich so angepasst werden, dass die Synergien mit der Instandsetzung der Autostrasse genutzt werden.	Für die Instandsetzung der Nationalstrasse A8 ist das Bundesamt für Strassen (ASTRA) zuständig. Laut ASTRA wird mit dem Bau nicht vor 2029 begonnen werden. Seit dem Inkrafttreten des Veloweggesetzes ist der Bund auch für die Sicherstellung eines Angebots für den Langsamverkehr entlang der Nationalstrassen zuständig. Das ASTRA und das Tiefbauamt werden das weitere, aufeinander abgestimmte Vorgehen festlegen. Dabei wird das Ausnutzen der Synergien mit der Instandsetzung der Nationalstrasse von zentraler Bedeutung sein. Voraussetzung ist, dass die Regionalkonferenz Oberland Ost ein Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr 5. Generation einreichen wird, damit für die Realisierung des Projekts gegebenenfalls Bundesbeiträge aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds NAF beansprucht werden können. Zudem hat das ASTRA Interessensbeiträge an einen abseits der Nationalstrasse verlaufenden Veloweg in Aussicht gestellt.	In Bearbeitung

6. Auflagen Kreditgeschäfte

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Auflagen zu Kreditgeschäften Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

BAU- UND VERKEHRSDIREKTION (BVD)				
Titel (Geschäft)	Session	Auflage	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
2019.BVE.9873 Bildungscampus Burgdorf, Technische Fachschule Bern und Gymnasium. Verpflichtungskredit für die Projektierung inkl. Ausschreibung	Winter 2019	Im Rahmen der Projektierung müssen erzielbare Einsparmöglichkeiten bzw. die erzielten Einsparungen detailliert ausgewiesen und begründet werden.	Beide Vorhaben sind noch in der Projektierung. Die Optimierungs- und Einsparmöglichkeiten sind in den bisherigen Projektierungsphasen durchgeführt und dokumentiert worden. Die Dokumentation wird im Rahmen der Ausführungskredite abgeschlossen.	In Bearbeitung
		Das Projekt ist nach Möglichkeit mit Schweizer Holz zu realisieren.	Beide Projekte sind noch in der Projektierung. Die Auflage wird im Rahmen der Ausschreibungen als Anforderung integriert und die Möglichkeiten zur Umsetzung im Rahmen des Ausführungskredits aufgezeigt.	In Bearbeitung
2019.BVE.11234 Bern, Uni Muesmatt, Neubau Naturwissenschaften. Verpflichtungskredit für die Projektierung und Ausschreibung	Sommer 2020	Im Rahmen der Projektierung müssen erzielbare Einsparmöglichkeiten bzw. die erzielten Einsparungen detailliert ausgewiesen und begründet werden.	Das Projekt wurde im Rahmen der Priorisierung der Investitionsvorhaben im Hochbau verschoben. Die Projektierung wurde deshalb noch nicht gestartet.	In Bearbeitung
		Der Regierungsrat informiert den Grossen Rat bis zur Wintersession 2020 hinsichtlich des überarbeiteten Investitionsprogramms.		In Bearbeitung
2021.BVD.1419 Bern, Bremgartenstrasse 131-137, Gymnasium Neufeld / Sanierung und Ersatzneubau	Frühling 2022	Alle Dachflächen, welche gut oder sehr gut geeignet sind (Webseite des Bundes), sind mit einer Solaranlage zu belegen. Die Dachkonstruktion ist entsprechend auszulegen. Die Dachflächen können auch an ein entsprechendes Unternehmen vermietet werden, welches die Solaranlage auf eigene Rechnung erstellt.	Die Auflage wird im Rahmen der Projektierung umgesetzt und die geeigneten Dachflächen mit Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) bestückt. Dies entspricht der neuen Praxis, bei kantonalen Bau- und Sanierungsprojekten die grösstmöglich nutzbare Fläche auf Dächern mit PV-Anlagen zu belegen. Im Rahmen des Ausführungskredits wird der Regierungsrat die geplante Umsetzung aufzeigen.	In Bearbeitung
		Im Rahmen des Wettbewerbs ist die Erweiterbarkeit des Gebäudevolumens des Neubaus aufzuzeigen.	Das Gebäudevolumen ist beim Siegerprojekt grundsätzlich erweiterbar.	erledigt

2021.BVD.6298 Biel, Bözingenfeld, Wechselstellung Bildung und Sporthallenprovisorium	Sommer 2022	Der Verpflichtungskredit für die Projektierung für die Wechselstellung und das Sporthallenprovisorium sind von CHF 3 980 000 um CHF 950 000 zu kürzen.	Der Kredit wurde gekürzt.	erledigt
2021.BVD.4408 Biel, Wasenstrasse 1, 7, 9 und 11, Gesamtsanierung Berufsbildungszentrum Biel (BBZ)	Sommer 2022	Dem Projektierungskredit wird unter der Auflage zugestimmt, dass die geeignete Dachfläche für die Nutzung von Solarenergie (Solarthermie oder Photovoltaik) genutzt wird.	Die Auflage wird im Rahmen der Projektierung umgesetzt und die geeigneten Dachflächen mit Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) bestückt. Dies entspricht der neuen Praxis, bei kantonalen Bau- und Sanierungsprojekten die grösstmöglich nutzbare Fläche auf Dächern mit PV-Anlagen zu belegen. Im Rahmen des Ausführungskredits wird der Regierungsrat die geplante Umsetzung aufzeigen.	In Bearbeitung
		Im Falle einer Solarthermieanlage ist die Einspeisung von Überschüssen ins Fernwärmenetz zu prüfen. Die Ergebnisse dieser Prüfung sind der BaK im Rahmen des Ausführungskredites vorzulegen.	Die Prüfung erfolgt im Rahmen der zurzeit laufenden Projektierung.	In Bearbeitung
2020.BVD.6900 Bern, Papiermühlestrasse 13, 15 und 17, Kaserneareal, Erweiterung und Sanierung Versorgung	Sommer 2022	Die Planung ist so anzupassen, dass die Abwärme der Serverkühlung für die Heizung der Gebäude oder des Brauchwassers eingesetzt werden kann.	Die Nutzung der Abwärme der Serverräume ist in das Projekt integriert und wird für die Heizung der Gebäude im Winter sowie im Sommer fürs Aufheizen des Warmwassers eingesetzt. Das Haustechnikkonzept wurde in der Planung dementsprechend angepasst. Die für die Ausführung notwendigen Teile für die Wärmerückgewinnung wurden in der Ausschreibung berücksichtigt.	erledigt
		Das Blockheizkraftwerk wird bei einer allfälligen Realisierung mit erneuerbarem Gas betrieben.	Bei einer Realisierung des Blockheizkraftwerks kann dieses mit Erdgas oder mit erneuerbarem Gas betrieben werden. Der Betrieb mit erneuerbarem Gas wird voraussichtlich teurer und dessen Verfügbarkeit kann sich durch die hohe Nachfrage auf dem Markt schwierig gestalten.	erledigt
2021.BVD.4839 BLS Schifffahrt; Kantonsbeitrag zur Beschaffung eines neuen Passagierschiffes MS Thunersee	Winter 2022	Der Kantonsbeitrag von CHF 14 432 000 wird mit folgender Auflage bewilligt: Der Regierungsrat stellt sicher, dass im Fall eines Verkaufs der BLS Schifffahrt AG der vom Kanton und den Gemeinden geleistete Beitrag zur Beschaffung des Passagierschiffs anteilmässig rückgezahlt wird.	Ein entsprechender Passus wird in die Vereinbarung zwischen dem Kanton Bern und der BLS Schifffahrt AG aufgenommen. Anfangs 2024 erfolgt die Unterzeichnung der Vereinbarung.	In Bearbeitung
		Die BLS Schifffahrt hat sich angemessen an den Beschaffungskosten zu beteiligen.	Die BLS Schifffahrt AG hat der BVD im Februar 2023 schriftlich eine Verdoppelung ihres ursprünglich vorgesehenen Beitrags auf CHF 0.8 Mio. zugesichert. Zusätzlich werden die erwarteten teuerungsbedingte Mehrkosten ebenfalls durch die BLS Schifffahrt AG getragen.	erledigt
2022.BVD.193 Köniz, Businesspark Liebefeld, Gymnasien Bern, Verpflichtungskredit für Aniemte, Mieterausbau und Ausstattung	Frühling 2023	Die kantonale Schulraumplanung muss längerfristig und rollend ausgestaltet werden und ist den zuständigen Kommissionen vorzustellen.	Die BVD hat zusammen mit der BKD auf Basis der bereits vorhandenen Kenndaten ein Reporting erstellt, das dem Grossen Rat bzw. den Fachbereichskommissionen BaK und BiK künftig jährlich unterbreitet wird. In welcher Form die Fachbereichskommissionen BaK und BiK über das Reporting informiert werden, ist noch in Abklärung.	In Bearbeitung
		Die kantonale Schulraumplanung muss mit Szenarien rechnen, so dass frühzeitig erkennbar wird, welche Auswirkungen es auf den Schulraumbedarf hat, wenn sich die Planungsparameter stärker verändern als erwartet. Diesen Szenarien ist in der Investitionsplanung Rechnung zu tragen.		In Bearbeitung
2022.BVD.5677 Tavannes, Rue H. F. Sandoz 80, Tavannes Machines, Verpflichtungskredit für den Kauf der Liegenschaft und die Projektierung von Sanierung und Ausbau	Frühling 2023	Die Liegenschaft Tavannes Machines wird mit der Auflage gekauft, das Grundstück optimal mit Verwaltungseinheiten des Kantons zu belegen.	Mit dem Ausführungskredit, den der Grosse Rat in der Herbstsession 2023 bewilligt hat, wurden indirekt die zukünftigen kantonalen Nutzer bestimmt. Während der Provisoriumszeit der stationierten Polizei in Tavannes bis zum Bezug des neuen Justiz- und Polizeizentrums in Reconville wird die Auflage erfüllt.	In Bearbeitung

2022.BVD.6182 Avenir Berne Romande, Provisorien im Berner Jura für Justiz und Polizei, Verpflichtungskredit für die Projektierung	Sommer 2023	Als Provisorium wird die Variante 1.3 gemäss Bericht des Regierungsrates vom 26. April 2023 mit Loveresse, Tavannes und Biel projektiert und umgesetzt.	Die Auflagen wurden im jeweiligen Ausführungskredit für die beiden Projekte «Avenir Berne romande, Verpflichtungskredite für die Sanierung und den Ausbau der Tavannes Machines» sowie «Avenir Berne romande, Verpflichtungskredit für die Realisierung, die Anmiete und den Mieterausbau von Provisorien für Justiz und Polizei» aufgenommen. Der Grosse Rat hat die beiden Kredite in der Herbstsession 2023 bewilligt.	erledigt
		Der Grosse Rat stellt fest, dass Provisorien unerlässlich sind, um den Kantonswechsel von Moutier am 1. Januar 2026 zu gewährleisten, wie dies im von den beiden Kantonen ausgehandelten Konkordat vorgesehen ist; der Justiz und der Polizei werden rasch Provisorien zur Verfügung gestellt, und der für die Realisierung erforderliche Verpflichtungskredit wird dem Grossen Rat in der Herbstsession 2023 unterbreitet.		erledigt
		Die Provisorien gemäss vorliegendem Projektierungskredit sind als provisorische und nicht als definitive Lösung ausgelegt		erledigt
2022.BVD.5136 Bern, Universität Bern, Neubau Forschungs- und Ausbildungszentrum Medizin, BB07	Sommer 2023	Eine Reduktion der Parkplätze ist auf das gesetzliche Minimum zu prüfen.	Die geplante Anzahl Parkplätze entspricht dem gesetzlichen Minimum.	erledigt
		Zustimmung unter Vorbehalt, dass die Finanzierung des Vorhabens im Rahmen der gesamtkantonalen Investitionsplanung sichergestellt ist.	Die Investitionen sind in der GKIP 2023 eingestellt.	erledigt
2022.BVD.6820 Biel, Berner Fachhochschule BFH, Neubau Campus, 2. Zusatzkredit für die Realisierung	Sommer 2023	Den Zusatzkredit für den BFH Campus Biel um CHF 1.5 Mio. für Schweizer und Bernerholz zu erhöhen.	Die zusätzlichen CHF 1.5 Mio. des Zusatzkredits ermöglichen es nicht, ausschliesslich Schweizer Holz zu verwenden. Mit dem Totalunternehmen wurde definiert, welche Bereiche des Campus aus Schweizer Holz gebaut werden. Für diese Bauteile wird eine Teilzertifizierung mit dem Label «Schweizer Holz» beantragt. Aufgrund der ordentlichen Kriterien des AGG ist darüber hinaus sichergestellt, dass ausschliesslich Holz aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern eingesetzt werden darf.	In Bearbeitung
		Zustimmung unter Vorbehalt, dass die Finanzierung des Vorhabens im Rahmen der gesamtkantonalen Investitionsplanung sichergestellt ist.	Die Investitionen sind in der GKIP 2023 eingestellt.	erledigt
2023.BVD.305 Avenir Berne romande, Reconvilier, Neubau Centre Justice Police (CJP), Verpflichtungskredit für das Auswahlverfahren und die Projektierung	Herbst 2023	Für den Neubau Centre Justice Police gilt ein Mobilitätskonzept entsprechend dem Polizeizentrum Niederwangen.	Die SID erarbeitet derzeit ein Mobilitätskonzept. Die Ergebnisse des Konzepts werden im Ausführungskredit für den Neubau Centre Justice Police vorgestellt.	In Bearbeitung
		Zuhanden der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) und der Justizkommission (JuKo) ist bis im Frühjahr 2024 über die Auslastung der Gerichtssäle des Kantons Bern und über die Methodik zur Erhebung der Auslastung Bericht zu erstatten. Die Erkenntnisse aus dem Bericht fliessen in die laufenden Projekte ein, insbesondere in die Projektierung des Centre Justice Police und, sofern terminlich möglich, in die Ausführung des Provisoriums für die Justiz in Biel.	Die Auslastung der Gerichtssäle des Kantons Bern wurden im Zusammenhang mit der Bereitstellung eines Provisoriums in Biel / Bienne für das Regionalgericht erhoben. Diese Angaben der JUS wurden bereits kommuniziert. Hinsichtlich der Ausführungen zur Methodik wird die JUS bis im Frühling 2024 Bericht erstatten.	In Bearbeitung
		Für die Projektierung des Neubaus Centre Justice Police wird ein Projektwettbewerb durchgeführt.	Im Rahmen der Projektierung wird ein Projektwettbewerb durchgeführt.	In Bearbeitung
		Im Rahmen der Projektstudie und des Auswahlverfahrens wird eine Variante mit Schweizer Holz gefordert.	Im Rahmen der Projektierung wird eine Variante mit Schweizer Holz gefordert und geprüft. Die Umsetzungsmöglichkeiten werden im Ausführungskredit aufgezeigt.	In Bearbeitung
2022.BVD.6819 Münchenbuchsee, Hofwil, Hofwilstrasse, Erweiterung Gymnasium, Verpflichtungskredit für die Ausführung	Herbst 2023	Die vollständige oder teilweise Vermietung der Dreifachturnhalle an Dritte, insbesondere an Vereine oder für grössere Anlässe ausserhalb der Schulzeiten, wird proaktiv gefördert, soweit die Dreifachturnhalle nicht für den Schulunterricht benötigt wird.	Die neuen Turnhallen sollen wie bereits heute auch künftig der Gemeinde und den Vereinen zur Verfügung gestellt werden.	In Bearbeitung